



DOKUMENTATION

von Andrzej Stach

Europäische Nachbarschaft Deutsche und polnische Migration in Geschichte und Gegenwart

Eine migrationshistorische Konferenz der bpb in Zusammenarbeit
mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien
der Universität Breslau
vom 08. - 09.05.2009

an der Universität Breslau und im Willy Brandt Zentrum

Gesamtleitung: Lothar G. Kopp und Prof. Marek Zybura
Programm: Andrzej Stach, Publizist und Prof. Marek Zybura

Teilnehmende: Deutsche und polnische Multiplikatoren/innen,
Journalisten/innen, Doktoranden/innen und
politisch-historisch Interessierte

Bei den folgenden Texten handelt es sich eine Zusammenfassung der Originalreferate bzw. deren redaktionell bearbeitete Fassung

Deutsche in Polen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – ihre Bedeutung und ihr Erbe

Prof. Marek Zybura, Willy-Brandt-Zentrum in Breslau

„Wollte man all die Deutschen und Polen deutscher Herkunft aufzählen, die in der über tausendjährigen deutsch-polnischen Geschichte einen nicht nur bedeutenden, sondern zudem auch noch kontinuierlichen Beitrag zur polnischen Nationalkultur geleistet haben, so hätte man schon bald eine recht lange Reihe zusammen“, führte Prof. Marek Zybura vom Willy-Brandt-Zentrum in Breslau in seinem Einführungsvortrag aus. Bereits im Mittelalter gab es zwei große Einwanderungswellen von Deutschen nach Polen, und zwar von Geistlichen, Rittern und Kaufleuten sowie die zahlenmäßig bedeutende Zuwanderung von Stadt- und Landbevölkerung seit dem 13. Jahrhundert, die von der Ritterschaft und Geistlichkeit begleitet wurde. Erleichtert wurde die Entwicklung durch die zahlreichen Verbindungen der polnischen Herrscher zum kaiserlichen Deutschland, und zwar auch in Form von Ehen der Piasten mit den Ehefrauen vom kaiserlichen Hof.

Geschätzt wurden die deutschen Immigranten als „wertvolle Mittler zur Verbreitung der kulturellen und zivilisatorischen Errungenschaften“, sagte Prof. Zybura. Allein im 13. Jahrhundert gab es schätzungsweise etwa 100.000 von ihnen, bei knapp einer Million Einwohnern. Dies hatte Einfluss auf verschiedene Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aber auch auf die polnische Sprache selbst. Das Altpolnische übernahm beispielsweise vieles aus dem deutschen Wortschatz der städtischen Verwaltung, des Gerichts- und Handelswesens, Handwerks und Bergbaus sowie zahlreiche Begriffe des Alltags. Andererseits assimilierte sich die wohlhabende Bürgerschicht der Einwanderer, indem sie adelige Bräuche und Sitten übernahm aber auch in sprachlicher Hinsicht, was besonders stark im 15. Jahrhundert besonders zu beobachten war, und zwar nach dem Motto: „Polnisch lernen soll der, der in Polen leben will!“.

Auch die späteren Einwanderungswellen aus Deutschland leisteten einen wichtigen Beitrag im Bergbau, Hüttenwesen und Druckwesen sowie in der Papierherstellung. Eine große Rolle spielten einige deutsche Einwanderer als Bankiers polnischer Könige, „indem sie faktisch die Rolle der Finanzminister übernahmen, das Vermögen der Monarchen kontrol-

lierten und so einen subtilen aber durchaus sehr konkreten Einfluss auf deren Politik ausübten“, meinte Prof. Zyburka. Nach Krakau strömten über zwei Jahrhunderte lang deutsche Studenten, aber auch Drucker und Künstler, unter ihnen der wohl berühmteste Bildhauer des Spätmittelalters, Veit Stoß, (poln. Wit Stwosz). In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts flohen infolge der Gegenreformation sowie des Dreißigjährigen Krieges Mitte des 17. Jahrhunderts neue Siedler vor allem aus Böhmen und Schlesien nach Polen und blieben meist dauerhaft.

Infolge der Teilungen Polens begannen sich die Beziehungen zwischen den nachbarschaftlich gut zusammen lebenden Polen und Deutschen zu wandeln, und zwar auch wegen der zunehmenden Zahl der deutschen Siedler und deren zunehmend dominierenden Rolle in den besetzten Gebieten: „Am energischsten wurden die planmäßigen Ansiedlungsaktionen (die überwiegend auf dem Lande durchgeführt wurden) unter der preußischen Herrschaft Friedrich des Großen in den Gebieten Neuost- und Südpreußens vorangetrieben, indem man – unter anderem auch aus Österreich und Böhmen – insgesamt über 120.000 Kolonisten ins Land holte“, sagte Prof. Zyburka. In der Anfangsphase wurden den Polen unter Friedrich Wilhelm II. allerdings viele kulturelle Freiheiten gewährt: „Die polnische Sprache war Amtssprache in der Regierung und im Schul- und Gerichtswesen. Im Landtag und in den Kreistagen dominierte der polnische Adel (die polnische Szlachta).“ Während der Amtszeit Bismarcks, vollzog sich jedoch ein grundlegender Wandel und zwar gemäß seinem Credo von 1862: „Ich habe alles Mitgefühl für ihre Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes thun, als sie ausrotten; der Wolf kann auch nichts dafür, dass er von Gott geschaffen ist, wie er ist, und man schießt ihn doch dafür todt, wenn man kann.“ Im Rahmen des Kulturkampfes begann die rücksichtslose Germanisierung des Schul- und Gerichtswesens sowie der Ämter verbunden mit einer massiven Ansiedlung von Deutschen in den okkupierten polnischen Gebieten.

Nach der Wiedererstehung des polnischen Staates 1918 stellte die Weimarer Republik dessen Existenz stets in Frage. Der Chef der Reichswehr, General von Seeckt, erklärte beispielsweise am 1922 in einem Schreiben besonders deutlich: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muss verschwinden und wird verschwinden durch eigene Schwäche und durch Russland, mit deutscher Hilfe“. Zu den schwierigsten Problemen des wieder auferstandenen polnischen Staates gehörte nach 1918 die Politik gegenüber den nationalen Minderheiten, meinte Prof. Zyburka. Von 27.000.000 Bürgern deklarierten nämlich über 8.000.000 ihre Zugehörigkeit zu den verschiedenen nationalen Minoritäten. Nach den Ukrainern, Juden und Weißrussen waren die Deutschen hinsichtlich ihrer Zahl die

viertgrößte Volksgruppe im Lande. Gleich nach dem I. Weltkriege kam es allerdings im westlichen Grenzland Polens zu erheblichen Wanderungsbewegungen von Deutschen zurück ins Reich. „Vor allem Industrielle, Beamte, Lehrer, Bahnangestellte und Vertreter der freien Berufe reisten aus, häufiger Stadtbevölkerung als Dorfbewohner“, meinte der Wissenschaftler. Bis 1926 verließen ungefähr eine Million die westlichen Grenzgebiete Polens, d.h. ungefähr die Hälfte der auf diesem Territorium ansässigen deutschen Bevölkerung von 1918. „In den folgenden Jahren sollte der Anteil der deutschen Minderheit noch auf etwas mehr als achthunderttausend Personen absinken und auf diesem Niveau bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verharren“, beendete Prof. Zybura seinen Vortrag.

Polen in Deutschland vor 1945 - ihre Bedeutung und ihr Erbe

Prof. Krzysztof Ruchniewicz, Universität Breslau

Das Ziel polnischer Migration wurde Deutschland im 18. Jahrhundert. Anfangs besaß sie noch einen elitären Charakter und bestand vor allem aus Politikern, Künstlern und Studenten. Einen massenhaften bekam sie nach 1870, als tausende Arbeitsemigranten zum größten Teil aus dem preußischen Teilungsgebiet in die Industrieregionen Deutschlands kamen, stellte Prof. Ruchniewicz von der Breslauer Universität fest. Die größten polnischen Ansammlungen entstanden dabei im Rheinland und Westfalen (0,5 Mio. Personen) sowie in Berlin (120.000). Deren lebhafteste Aktivität führte zur Bildung von Religions-, Berufs-, Stände- und Jugendvereinen. Es entstanden auch polnische Wirtschaftsverbände und Zeitungen. Die Polen arbeiteten außerdem in der Landwirtschaft.

Nach dem 1. Weltkrieg kehrten viele Polen in die Heimat zurück. In Deutschland blieben rund 200.000 erwerbstätige Emigranten mit ihren Familien. Die Weimarer Verfassung garantierte dieser Bevölkerungsgruppe das Recht auf die Erlernung der Muttersprache und deren Gebrauch als Amtssprache in autochthonen Gebieten. In Wirklichkeit konnte die polnische Minderheit von diesem Recht aber nur bedingt Gebrauch machen. Politischer und wirtschaftlicher Druck assimilierte einen Teil der polnischen Bevölkerung, betonte der Breslauer Historiker. Die Unterstützung des polnischen Staates war gering. 1922 entstand der Bund der Polen in Deutschland, es funktionierten polnische Schulen, Presse, Banken und unterschiedliche Vereine. Bis 1928 besaß die polnische Minderheit zwei Abgeordnete im preußischen Parlament. 1939 wurden sämtliche polnische Organisationen und Institutionen durch die Nazis geschlossen und viele polnische Funktionäre fest genommen. „Unter den in Nazi-Deutschland befindlichen Zwangsarbeitern, Kriegsgefan-

genen, Gefangenen in Konzentrationslagern, waren schätzungsweise 3 Mio. Polen“, sagte Prof. Ruchniewicz.

Nach 1945 befanden sich in allen Besatzungszonen ca. 150.000 Polen deutscher Staatsangehörigkeit (darunter rund 50.000 in der Sowjetischen Zone). Die Siegermächte behandelten diese Bevölkerungsgruppe auf gleiche Weise wie die Deutschen und man bezeichnete sie als „Deutsche polnischer Abstammung“, meinte Prof. Ruchniewicz. Die Besatzungsmächte gaben ihnen den Status der heimatlosen Personen (Displaced Persons, DPs). Sie wohnten in speziellen Lagern oder in von Deutschen verlassenen Siedlungen. Die kommunistischen Machthaber in Polen strebten nach einer kompletten Repatriierung der Kriegs- und Arbeitsemigranten. Am erfolgreichsten realisierte man dies in der Sowjetischen Besatzungszone, „wo sie einen zwanghaften Charakter besaß“. Bis Ende 1946 kehrten alle DPs und bis 1949 weitere 20.000 Mitglieder der alten Emigration zurück. Ein bedeutender Teil der Polen in den Westzonen Deutschlands lehnte die Rückkehr ab, und zwar aufgrund der kommunistischen Regierung in Polen, erläuterte Prof. Ruchniewicz. Zum größten Teil emigrierten sie weiter nach Westen. Die restlichen machten sich in Westdeutschland sesshaft. Im Moment der Entstehung der BRD 1949 zählte man 113.000 polnische DPs. Mitte der 50er Jahre waren es nur noch 50.000 - 55.000. Nach Polen kehrte auch ein Teil der Mitglieder der „alten Emigration“ zurück. 1949 lebten rund 80.000 Personen aus dieser Gruppe in der BRD.

Unmittelbar nach Kriegsende fingen polnische Gruppierungen mit dem Wiederaufbau bzw. einer Neugründung von Organisationen an. Die Hauptzentren lagen in Bochum (Ruhrgebiet), Hamburg, Hannover, Mannheim und im sowjetischen Teil Berlins. Besonders aktiv war die sog. „neue Emigration“, sagte Prof. Ruchniewicz. 1946 gründete man die Polnische Vereinigung in Deutschland (ZPwN), eine Art geistige Organisation und Vertretung der polnischen DPs (UNRRA, IRO). 1951 wurde ZPwN durch den Verband der Polnischen Flüchtlinge (Zjednoczenie Polskich Uchodźców) ersetzt. Des Weiteren entstanden einige politische Parteien. Diese verfügten jedoch nur über eine kleine Zahl von Mitgliedern und wirkten tatsächlich nur am Rand der politischen Aktivitäten der Polen in Deutschland. Zwischen 1945 und 1950 wirkten im Bereich der DPs 260 Grund- und Oberschulen (15.700 Schüler) und es wurden rund 400 Schriften herausgebracht. Außerdem gab es zahlreiche Chöre, Amateurtheater und Orchester, meinte der polnische Historiker.

Das Zentrum der politischen und kulturellen Aktivitäten lag in den polnischen Wachkompanien, die 1945 durch die britischen und amerikanischen Besatzungsmächte in Westdeutschland einberufen wurden, be-

tonte Prof. Ruchniewicz: „Ihre Aufgabe war es, die westlichen Truppen dadurch zu entlasten, dass sie die Überwachung von militärischen Gebäuden übernahmen“. 1946 gab es 38.000 solcher Wachmänner. Diese Kompanie gab zudem ihre eigene Zeitschrift „Ostatnie Wiadomości“ heraus und war im Bildungswesen tätig.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre kamen im Zuge der Familienzusammenführung etwa 270.000 Menschen als Autochthone und Deutschstämmige aus Polen nach Westdeutschland. Ein Teil von ihnen bekannte sich zum Polentum und beteiligte am Leben der polnischen Gruppen, insbesondere am religiösen, sagte Prof. Ruchniewicz. Eine ähnliche Ausreisewelle fand in den 70er Jahren statt. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre tauchten ebenso politische Flüchtlinge wie Wirtschaftsémigranten aus der Volksrepublik Polen in der BRD auf: „Diese Emigration, Anfangs noch gering, entwickelte sich zu Beginn der 80er Jahre zu einer massenhaften“. Derzeit schätzt man die Gesamtzahl der Polen in der BRD auf 1 – 1,5 Mio. Personen, welche zum Großteil in den alten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg sowie in Hamburg und Berlin wohnen.

In den 70er Jahren kam es zu einer Zunahme politischer Aktivitäten durch die polnischen Emigranten. Dies wurde unter anderem durch die Ereignisse in Polen und den Zustrom neuer Emigranten hervorgerufen, meinte Prof. Ruchniewicz. Zu Beginn der 80er Jahre führte der Zustrom zu einer Wiederbelebung alter Organisationen und dem Entstehen neuer: „Man schätzt, dass zu Beginn der 80er Jahre auf dem Gebiet der BRD und Westberlins fast 140 Vereinigungen, Klubs und Gruppierungen aktiv waren.“ Die wichtigsten wurden durch die Anhänger der „Solidarność“ gegründet. Sie gaben Publikationen heraus, informierten über die aktuelle Situation in Polen, organisierten Hilfsprojekte für das Land und arbeiteten mit deutschen Sympathisanten zusammen. Darüber hinaus organisierten sie Demonstrationen und Ausstellungen. Das wichtigste Zentrum der „Solidarność“-Anhänger war Westberlin. Dort gab das Komitee Obrony „Solidarności“ (später Towarzystwo „Solidarność“) ab 1982 die Zweiwochenschrift „Pogląd“ heraus, „die wichtigste Schrift dieser Emigrantengruppe“. Einen besonderen Platz nahm die Radiostation Rozgłośnia Polska Radia Wolna Europa (Radio Free Europe) in München ein, welche im Mai 1952 ihren Sendebetrieb aufnahm. Sie entwickelte eine rege Zusammenarbeit mit den Vertretern der politischen Emigranten Polens, sagte Prof. Ruchniewicz.

„Eine wichtige Rolle im Leben der polnischen Umgebung spielte die polnische Geistlichkeit.“ Bereits unmittelbar nach dem Krieg waren 900 polnische Priester in Deutschland tätig, meist ehemalige Inhaftierte aus Ge-

fangenenlagern, die sofort damit begannen Seelsorge für ihre Landsleute zu organisieren. Im Juni 1945 errichtete der Papst eine bischöfliche Kurie für Polen in Deutschland und Österreich. Im Jahre 1976 entstand anstelle der Kurie die Polska Misja Katolicka. 1993 wurden in 300 Kirchen auf dem Gebiet der BRD heilige Messen in polnischer Sprache abgehalten. Die Priester gehörten bereits von Beginn an mit zu wichtigen Initiatoren des kulturellen und erzieherischen Lebens sowie des Erwerbs und der Pflege der polnischen Sprache, meinte der Historiker.

Der politische Wechsel in Polen 1989 und die deutsche Wiedervereinigung 1990 veränderten die Lage der polnischen Emigranten grundlegend: „Die politisch aktiven Organisationen verloren ihre Daseinsberechtigung. Gleichzeitig weiteten die polnischen Organisationen ihre Aktivitäten aber auf das Gebiet der ehemaligen DDR aus. Ein Teil der Emigranten entschied sich nach Polen zurückzukehren.“ Es gab Versuche, die polnischen Vereine zu integrieren (Kongres Polaków w Niemczech und Forum Polskie im Jahre 1992). Im Deutsch-Polnischen Vertrag vom Juni 1991 werden die Rechte und Pflichten der deutschen Minderheit in Polen und der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland beschrieben. Die Zersplitterung der polnischen Organisationen in der BRD erschwerte es ihnen jedoch die durch den Vertrag zugesicherten Möglichkeiten voll in Anspruch zu nehmen, resümierte Prof. Ruchniewicz.

Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Deutschen aus Ostdeutschland in den Jahren 1945 – 1950

Dr. Rudolf Urban, Oppeln

„Um ein Gesamtbild der Ereignisse in den Jahren 1944 – 1950 zu erreichen, muss darauf hingewiesen werden, dass vor Flucht und Vertreibung die Machtergreifung Hitlers im Jahr 1933, der von Deutschland ausgehende Zweite Weltkrieg und die damit verbundene Vertreibung und Ermordung von Millionen von Menschen verschiedener Nationalitäten standen“, stellte eingangs Dr. Urban von der Universität in Oppeln fest: „Die Flucht, Vertreibung und letztendlich Aussiedlung der Deutschen aus dem ehemaligen Ostdeutschland ist somit Folge der Politik der Nationalsozialisten und ihre Opfer sind die Leittragenden dieser Politik“. Die polnische kommunistische Propaganda der Nachkriegszeit zeichnete allerdings ein sehr einseitiges Bild dieser Opfer: „Von Vertreibung und Aussiedlung waren Verbrecher der Naziregimes betroffen, die damit für ihre Schuld bezahlt haben.“ Zusätzlich fühlte sich der polnische Staat nicht verantwortlich für die Ereignisse der Jahre 1944 – 1950, da dies die alleinige Entscheidung der Alliierten gewesen sei, mit der die Polen nur in geringem Maße als Ausführende zu tun hatten, meinte Dr. Urban. Auch

die Verbrechen der Deutschen an und in Polen wurden als Argumente gegen eine Verantwortung polnischerseits herangeführt. „In Deutschland sprach man dagegen ausschließlich von Frauen, Kindern und Alten als Opfern von Flucht und Vertreibung.“ Demnach waren es Unschuldige, die man auf den beschwerlichen Weg in den Westen des ehemaligen Deutschen Reiches geschickt habe. „Grundsätzlich kann man natürlich dem deutschen Bild der Opfer zustimmen, dass es vorwiegend Unschuldige traf, da die früheren nationalsozialistischen Machthaber sich noch lange vor der heranrückenden Front abgesetzt haben“, meinte der Oepelner Wissenschaftler. „Doch nicht alle Geflüchteten, Vertriebenen und Umgesiedelten waren wirklich unschuldige, alteingesessene Deutsche in ihrer Heimat“, betonte er. Als Beispiel nannte er die in Polen kontroverse Chefin des BdV Erika Steinbach, „die Tochter eines damals ins besetzte Polen versetzten deutschen Soldaten ist, der natürlich dieses dann zu Polen zurückgekommene Gebiet samt Familie verlassen musste. Sie erfüllt also nicht wirklich die Kriterien einer Heimatvertriebenen.“

Bei den Ereignissen zwischen 1944 und 1950 hatte es „Flucht“, „Vertreibung“ und „Aussiedlung“ gegeben, meinte Dr. Urban. Aus Angst vor der russischen Front verließen in der letzten Etappe des Krieges, und zwar auf der Flucht oder als Evakuierte Millionen von Deutschen ihre Heimat: Ostpreußen – 2,1 Mio., Pommern – 1,1 Mio., heutiges Zentralpolen – 0,8 Mio.; Ostbrandenburg – 0,3 Mio.; Schlesien – 3,2 Mio., zählte Dr. Urban auf. Die Fliehenden wurden mit ihren Trecks oftmals von der heranrückenden Front überrollt, wurden bombardiert oder wie im Fall der Schiffe „Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“ torpediert. Dies forderte eine große Anzahl von Todesopfern, die noch durch Krankheiten und Kälte erhöht wurde. Je nach Quelle spricht man dabei von 0,6 bis 1,2 Mio. Todesopfern der Flucht und Evakuierung. Viele verbliebene Deutsche, die sich nun hinter die Frontlinie befanden, wurden in sowjetischen Lagern interniert. Etwa 0,4 Mio. Menschen wurden dann in die Sowjetunion verschleppt und in verschiedenen Lagern und Betrieben als billige Arbeitskraft eingesetzt. Diese massenhaften Verschleppungen, dauerten bis Ende April 1945. Etwas später folgten dann auch Repressionen seitens der polnischen Verwaltung, sagte Dr. Urban. Dabei handelte es sich um die sog. „wilden“ bzw. militärischen Vertreibungen. „Je nach Quelle befanden sich nach dem Ende des Kriegs zwischen 3 und 4 Mio. Deutsche in den Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße, zu denen auch die zu zählen sind, die nach der Flucht oder Evakuierung wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind“, meinte der Wissenschaftler. Die polnische Verwaltung wollte einerseits den Strom der Rückkehrer aufhalten, andererseits aber zumindest teilweise die Deutschen in Eigenregie des Landes verweisen, sagte Dr. Urban. Diese teilweise mit brutalen Methoden durchgeführten Maßnahmen brachten aber nicht die gewünschten Erfol-

ge, denn lediglich ca. 0,5 Mio. Deutsche wurden vertrieben. Außerdem verlangten die Sowjets den Stopp der unkontrollierten Transporte in ihre Besatzungszone. Darüber hinaus sah die polnische Zivilverwaltung ein, dass durch diese Vertreibung mehr Schaden als Nutzen entsteht und es auch an billigen Arbeitskräften für den Wiederaufbau des Landes fehle. „Die Vertreibungen wurden im Juli 1945 gestoppt, da man auf die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz warten wollte und zu diesem Zeitpunkt auch klar war, dass die Aussiedlung der Deutschen ohne Hilfe der Alliierten und eine logistische Vorarbeit nicht möglich war.“

Die Potsdamer Konferenz (17.07. – 02.08.1945) brachte Klarheit: „Die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße wurde endgültig beschlossen, wobei sie geordnet und auf humane Weise vollzogen werden sollte.“ Die Menschen sollten mehr Zeit bekommen, bevor sie ihre Häuser verlassen mussten, und vor Angriffen und Raubüberfällen geschützt werden. Der Transport selbst sollte unter möglichst guten Bedingungen stattfinden, sagte Dr. Urban. Außerdem mussten die einzelnen Siegermächte ihr Einverständnis vor der Aussiedlung in den Westen geben. Fast unmittelbar danach begann die groß angelegte Aussiedlungsaktion, die bis Ende 1947 dauerte: „Danach weigerten sich sowohl die Briten als auch die Sowjets, weitere Ausgesiedelten aufzunehmen“. Die Aussiedlung der Deutschen wurde von anderen Ereignissen begleitet, fügte Dr. Urban hinzu. Zum einen wurden ca. 0,7 Mio. von ihnen in Zwischen-, Sammel- und Arbeitslagern inhaftiert, von denen Schwientochlowitz, Lamsdorf und Potulitz die bekanntesten sind. Dort herrschte wegen mangelnder ärztlicher Pflege und fatalen hygienischen Verhältnissen eine hohe Sterblichkeit. Zum anderen gab es auch Deutsche, die zwangsweise im Land belassen wurden. Meist waren es Fachleute, die für die Industrie benötigt wurden (z.B. im Bergbaubereich um Waldenburg in Niederschlesien). Die meisten von ihnen reisten Jahre später aus; ein Teil blieb auf dem nun polnischen Gebiet.

Nach dem Ende der massenhaften Aussiedlungen 1947, wurden kleinere Transporte auch in den Jahren 1948 und 1949 organisiert. „Ein Ende der Aussiedlung erfolgte erst im Jahr 1950, denn ab da spricht man von sog. „Familienzusammenführungen“, erklärte Dr. Urban. Viele Deutsche, die aus verschiedenen Gründen noch in Polen lebten und Angehörige in der DDR oder BRD hatten, durften ab diesem Zeitpunkt nach Deutschland ausreisen. Zunächst war es nur möglich in die DDR auszureisen (ein entsprechender bilateraler Vertrag wurde am 2.01.1950 geschlossen), später auch nach Westdeutschland (Vertragsschließung bei Verhandlungen zwischen 2. und 5.12.1950). Die Meinungen über Zahlen die Ausgesiedelten in den Jahren 1946 bis 1950 gehen stark auseinander, sagte Dr. Rudolf Urban. Daher können sie nur Schätzungen angegeben

werden. Sie machen aber die Dimension deutlich: 1946 – 1,9 Mio.; 1947 – 0,5 Mio.; 1948 – 43 Tausend; 1949 – 35 Tausend; 1950 – 60 Tausend. „Nach 1950 gab es weitere Ausreisen im Rahmen der sog. Familienzusammenführungen, die aber dann auf freiwilliger Basis geschehen sind“, sagte abschließend Dr. Urban.

Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Polen aus West- und Ostpolen in den Jahren 1939 – 1950

Prof. Izabela Surynt, Universität Breslau

In bezug auf die Vertreibungsproblematik wies Prof. Izabela Surynt ein- gangs auf die Unterschiede in der Begrifflichkeit im deutschen und polni- schen Sprachgebrauch hin. Während man in Deutschland in diesem Kontext vor allem von „Flucht“, „Evakuierung“, „wilden Vertreibungen“ und „Zwangsumsiedlungen“ spricht, was in Polen meist eine negative Konnotation besitzt, spricht man in Polen bezüglich der Umsiedlung von polnischen Bürgern aus den ehemals polnischen Ostgebieten von „Re- patriierung“. Darin verbirgt sich sowohl die „Rückkehr in die Heimat“ aber auch der Mythos von „wiedergewonnenen Gebieten“. Im negativ gefärb- ten Kontext spricht man von „Zwangsumsiedlungen“ und ganz neutral von „Bevölkerungstransfer“. Für die polnischen Bürger begannen die Zwangsumsiedlungen allerdings bereits mit dem Ausbruch des II. Welt- krieg, und zwar mit dem Einmarsch der deutschen und sowjetischen Ar- meen (am 01.09. bzw.17.09.1939) und der Teilung des polnischen Ge- bietes zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion.

Aussiedlungen durch die Nazis

Nach der Eingliederung eines Teils des besetzten Gebietes mit über 10 Mio. Einwohnern ins Reich und der Gründung des Generalgouverne- ments mit 12,3 Mio. Einwohnern begannen die Nazis mit der Realisie- rung des „Generalsiedlungsplans“. Gleich im Herbst 1939 begann die Aussiedlungsaktion in den dem III. Reich inkorporierten Gebieten als Ausführung des Germanisierungsplans dieses Territoriums: Westpreu- ßen, Großpolen, Oberschlesien, Masovien und z.T. Kleinpolen - be- wohnt von über 10 Mio. Menschen, davon 9 Mio. Polen, 600.000 Juden und 600.000 Deutschen. Nach der Entfernung von ‘rassisch fremden Elementen’ sollten sie von ‚Ariern‘ im Rahmen der Germanisierung des Bodens zur Schaffung des Lebensraumes ersetzt werden. In der ersten Phase dominierten „wilde Vertreibungen“ durch dort ansässige „Volks- deutsche“, sagte Prof. Surynt. In der zweiten Phase (bis 1940) sollte die Aussiedlung von allen Juden und Roma, Zugezogenen aus Polen (z.B. allen Bewohnern von Gdynia und aus der Umgebung - 50.000 Men-

schen) sowie aller als „deutschfeindlich“ geltenden Polen abgeschlossen sein. Viele von ihnen wurden verhaftet, in die KZs gebracht oder bei Massenhinrichtungen erschossen.

Mit Hilfe eines Umsiedlungsapparates mit Listen, Namen, Adressen und Kartotheken wurden dann alle anderen Polen und Juden ausgesiedelt. Davor gab es Enteignung, Vergabe des polnischen Besitzes an die deutschen Siedler, Plünderungen, Raub von Kulturgütern, Verschickung der kostbaren Gegenstände ins Reich. Die Juden wurden in die Gettos und später in Vernichtungslager deportiert. Insgesamt wurden von allen dem Reich angeschlossenen Gebieten von über 1. Mio. (1,7 aus dem GG, insgesamt: 2,7 Mio.) Personen ausgesiedelt. Enteignet wurden 703.000 Höfe von über 6 ha und 130.000 Höfe bis 5 ha. Angesiedelt wurden über 630.000 Deutsche aus Baltikum, Bessarabien, Bukowina, UdSSR; aus dem Reich ca. 500.000, also am Ende des Krieges insgesamt: 1.13 Mio.

Der Generalplan Ost (1942) sah eine vollständige Ansiedlung von Deutschen und Verdrängung durch Zwangsaussiedlung der slawischen Bevölkerung nach Asien hinter den Ural. „Geplant war insgesamt die Aussiedlung von 51. Mio. ‚Slawen‘ und Ansiedlung von 24 Mio. ‚Germanen‘ innerhalb von 30 Jahren, nach Abschluss des für das Reich siegreichen Krieges“, sagte Prof. Surynt. Die ersten Schritte unternahm man u.a. in der Ukraine, in Litauen und Weißrussland aber auch in Zamość und in der Umgebung, von wo im Herbst 1942 etwa 100.000 Polen ausgesiedelt wurden. Die Ausgesiedelten wurden selektiert und zur Zwangsarbeit geschickt. Manche mussten als Arbeitskräfte für die Neuansiedler vor Ort bleiben, andere schickte man die die KZs. Ein Teil der Kinder wurde zur Germanisierung (Arisierung) bestimmt. Die größte Aussiedlungsaktion der Stadtbevölkerung fand in Warschau nach dem Warschauer Aufstand statt, sagte die Wissenschaftlerin. Sämtliche Bewohner wurden aus der Stadt getrieben, in Durchgangslager und dann zur Zwangsarbeit oder in die KZ geschickt. Die Stadt wurde vollständig geplündert (45.000 Eisenbahnwagen mit Gütern und ein paar Tausend LKWs) und dem Boden gleich gemacht.

Aussiedlungen durch die Sowjets

Nach der Installierung der Sowjetmacht in den polnischen Ostgebieten erfolgte dort eine breit angelegte Sowjetisierung, Entpolonisierung und Verstaatlichung des Privatbesitzes. Damit verbunden waren Zwangsumsiedlungen und Deportationen nach Sibirien und Kasachstan sowie Einberufung in die Rote Armee (ca. 100.000 waren auch beim Arbeitseinsatz im Landesinneren und 50.000 im Donezkbecken). Insgesamt muss-

ten ca. 580.000 Polen die Ostgebiete Richtung Osten verlassen (bis 1946 etwa 800.000 insgesamt).

Die zweite Phase für diese Gebiete begann nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 und dauerte bis 1944. Ein Teil von ihnen wurde dem Reich, einer dem Reichskommissariat Ostland, einer dem der Ukraine und der Rest dem GG angegliedert. Unter dem Terror der ukrainischen Nationalisten mussten etwa 300.000 polnische Bürger die Gebiete verlassen, im Rahmen der deutschen Deportationen zwecks Zwangsarbeit bzw. KZs – ca. 500.000 weitere, sagte Prof. Surynt. Nach der erneuten Eroberung dieser Gebiete durch die Sowjets schloss die UdSSR und die polnische Marionetten-Regierung einige Verträge u.a. über den neuen Grenzverlauf und Bevölkerungstransfer. Im September 1944 begann man mit der Registrierung der Umzusiedelnden und seit Oktober bzw. Dezember 1944 mit ihrem Transfer Richtung Westen. Zur Durchführung der Umsiedlungsaktion wurde das Staatliche Repatriierungsamt (PUR) errichtet und die Umsiedlungsfrist bis Mitte 1946 festgesetzt.

Besonders interessiert waren die Sowjets an der Aussiedlung der polnischen Stadtbevölkerung, zeigten aber Zurückhaltung bis Verhinderung bei der Aussiedlung der Landbevölkerung, u.a. weil man sie als Arbeitskräfte gebrauchte, sagte die Wissenschaftlerin. Etwa 40.000 - 50.000 Menschen wurden wegen angeblicher Sabotage, Spionage, Kollaboration mit den „polnischen Nationalisten“ (Armia Krajowa, AK) bzw. mit den Nazis verhaftet. Weiterhin gab es Deportationen der einheimischen Bevölkerung. Andererseits wollten viele nicht umsiedeln und ihr Eigentum verlassen und hofften auf den Verbleib der Gebiete bei Polen, meinte Prof. Surynt.

Im sowjetisch besetzten Litauen wurden bis Mitte 1946 über 380.000 betreffende Personen registriert, letztendlich aber lediglich etwa 200.000 umgesiedelt, unter ihnen fast 10 % Juden. Über 180.000 mussten bleiben, von denen ein Teil im Rahmen der Familienzusammenführung später nach Polen kam. Von Anfang an gab es Streitigkeiten wegen der Anerkennung der polnischen Nationalität, Hemmung der Aussiedlung der Landbevölkerung sowie der Ausfuhr von materiellen Gütern. Im Rahmen der Maßnahmen zur Begrenzung der Aussiedlung gab es außerdem Belastung durch Steuern sowie Natur- und Arbeitsleistungen, Verhaftungen und andere Schikanen.

Interessenkonflikte, Repressalien, Verhaftungen, Ablehnungen der Registrierung, Enteignung, Arbeitsverpflichtung, Eintreibung von Steuern, Deportationen in den Osten gab es auch auf dem Gebiet der an die Sow-

jet-Ukraine abgetretenen ehemaligen polnischen Ostgebiete. „Viele polnische Einwohner versuchten ihre Ausreise zu verzögern, hofften auf einen neuen Krieg und die Korrektur der Ostgrenzen“, meinte Prof. Surynt. Insgesamt wurden über 860.000 betreffende Personen registriert, wovon 790.000 (unter ihnen mehrere Tausend Juden) bis November 1946 ausgesiedelt wurden. Insgesamt machten sie 63 % der gesamten Zahl der aus dem Osten ausgesiedelten polnischen Bürger. Auf dem Gebiet des sowjetischen Weißrussland wurden von 535.000 registrierten Personen (98 % Polen, 2 % Juden), lediglich 275.000 ausgesiedelt. Ursachen dafür waren u.a. Konflikte wegen der nationalen Selbst- bzw. Fremdbestimmung d.h. Ablehnung bzw. negative Verifizierung und Repressionen.

Die praktischen Umstände der Zwangsaussiedlung waren menschenunwürdig und durch Nahrungsmittel- und Hygienemangel sowie Verkehrschaos gekennzeichnet. Die Ausreise erfolgte in restlos überfüllten Viehwaggons. Es herrschten Korruption, Bestechlichkeit und Willkür bei den Kontrollen. Vermehrt gab es Konfiszierungen der Habseligkeiten, Raubüberfälle, Plünderungen, Vergewaltigungen, Todesfälle und Krankheiten. „Wegen des damals herrschenden kommunistischen Regimes sind sowohl die Zahl der Opfer als auch die materiellen Verluste nicht bekannt“, sagte Prof. Surynt.

Innerdeutsche Migration und Massenflucht aus Mitteldeutschland. Die drei Existenzkrisen der DDR 1953, 1961 und 1989

Prof. Manfred Wilke, Berlin

Nach 1945 kamen viele Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten auch in die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ). Der Bevölkerungsanteil in der SBZ erhöhte sich dadurch um 25 %. Als die DDR 1949 gegründet wurden, hatte sie etwa 19 Millionen Einwohner. Viele von ihnen wollten dort nicht bleiben und gingen weiter in die westlichen Zonen. Wegen ihrer großen Zahl weigerten sich die Franzosen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen und argumentierten dies mit Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Deshalb gingen die meisten in die amerikanische Zone.

Als die Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 gegründet wurden, verstanden sich die beiden Staaten als die Kernstaaten des gesamten Deutschlands, was z.B. auch in der provisorischen Verfassung der DDR sowie in der Präambel des Grundgesetzes ihren Ausdruck fand, meinte Prof. Manfred Wilke. „Das Grundgesetz hat eine Voraussetzung geschaffen, die sowohl für die Übersiedlung aus Polen in den folgenden Jahrzehnten wie für die innerdeutsche Fluchtbewegung von zentralster Be-

deutung war, nämlich den Artikel 116, der an einem deutschen Staatsbürgerrecht von 1913 festhielt. Dies bedeutete, dass alle DDR-Bürger, wenn sie die Grenze übertraten, sofort ohne Prüfung Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit allen Rechten wurden.“ Damit hatte der westdeutsche Staat auch eine Fürsorgepflicht für diese Neubürger. „Zwischen 1945 und 1948 gingen 732.000 aus der SBZ in den Westen. Nach anderen Zählungen waren es bis 1949 sogar 2.376.000. Die Mehrzahl dieser Geflohenen war schon mal aus den Ostgebieten des Reiches geflohen oder vertrieben worden“, sagte Manfred Wilke.

Das in der SBZ errichtete totalitäre Regime und die mangelnde innere Legitimität der DDR bilden den zweiten wichtigen Aspekt bei der Analyse der innerdeutschen Fluchtbewegung. 1952 gab es die nächste wichtige Zäsur: Auf Befehl Stalins wurde die Ostgrenze der SBZ befestigt und mit bewaffneten Einheiten geschützt. Nach der brutalen Niederschlagung der massenhaften Proteste vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und vielen anderen Städten und Ortschaften hat sich die Stimmung in der DDR noch mehr verschlechtert und das Gefühl der Ohnmacht hat sich breit gemacht. Auch aus diesem Grund verließen bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 weitere zwei Millionen Menschen die DDR durch die Berliner Sektorengrenzen und ließen sich in der Bundesrepublik nieder. Allein 1960 kamen 178.200 Personen nach Westdeutschland und in den ersten Monaten bis 12. August waren 74.300. Sie flohen u.a. wegen politischer Repressionen, Enteignung der Großbauern, der aufgezwungenen Kollektivierung der Bauernbetriebe sowie der Enteignung von größeren Produktions- und Handelsbetrieben. Anziehend wirkte auch der immer höhere Lebensstandard im Westen im Vergleich zur DDR.

In den nächsten Jahren nach dem Mauerbau kam die innerdeutsche Migration fast zum Stillstand. Besonders entschlossene Ausreisewillige stellten offizielle Anträge, die fast immer abgelehnt wurden. Viele Tausende wurden durch die Bundesrepublik aus den DDR-Gefängnissen freigekauft und durften nach Westdeutschland ausreisen. In der Zeit von 1945 bis 1988 waren es schätzungsweise insgesamt 4.003.500 Übersiedler, Flüchtlinge und etwa 37.000 freigekaufte politische Häftlinge. Von einigen Ausnahmen abgesehen konnten in den Jahren 1961 – 1989 allein die DDR-Rentner nach Westdeutschland reisen (ab 1963), weil man insgeheim hoffte, sie könnten dort bleiben und das DDR-Rentensystem entlasten, meinte Prof. Wilke. Für die Westdeutschen und Westberliner gab es diverse Besuchsmöglichkeiten, die bilateral geregelt wurden.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Helsinki 1975 über die Einhaltung der Menschenrechte auch durch die DDR bildete sich 1976 dort

eine Menschenrechtsgruppe, die eine Petition an die DDR-Regierung richtete und darin die Ausreise in die Bundesrepublik forderte. „Aus dieser Initiative wuchs eine Bewegung, die schätzungsweise von 1977 bis 1989 um die 250.000 Leute umfasste – die sog. Antragsteller. Sie verlangten, dass man sie aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlässt“, sagte Prof. Wilke. Die Initiatoren wurden verhaftet und wegen staatsfeindlicher Hetze zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gesetz über die Ausreise aus der DDR gab es erst 1988.

1983 war die DDR international de facto zahlungsunfähig. Um an einen Milliarden Kredit von Westdeutschland zu kommen, machte die DDR Zugeständnisse auch für jüngere DDR-Bürger im Besucherverkehr nach Westdeutschland, und zwar für „Reisen aus dringenden Familienangelegenheiten“. „Auf diesem Weg kamen vor 1989 eine Million jüngere DDR-Bürger in den Westen und sahen ein Land, wo der Kontrast zu ihrem Leben in den verfallenen Städten, Umweltverschmutzung, geradezu schreiend war“, meinte Prof. Wilke. Dies beförderte auch das Problem der Ausreise mit Genehmigung. Insgesamt kamen in den Jahren von 1961 bis 1989 über 616.000 Übersiedler mit Genehmigung der DDR in die Bundesrepublik Deutschland.

Im Zuge der Ereignisse von 1989 stieg im Frühjahr die Zahl der Übersiedler und der Flüchtlinge aus der DDR an. „In diesem Moment wurde im Bundesinnenministerium eine Tabelle aufgestellt über die Antragsteller in den Bundesaufnahmestellen: Vom 01.01. bis zum 31.07.1989 waren 55.970 Übersiedler aus der DDR registriert worden“, sagte Prof. Wilke. Davon waren etwa 30.000 mit Erlaubnis gekommen und 26.000 gelang die Flucht. Im November nach dem Fall der Mauer kamen weitere 133.000 Menschen. „Dieser Zusammenhang von Systemkrise und Fluchtbewegung ist also zwischen 1952 und 1989 evident. Und im Jahr 1989 war es so, dass Fluchtbewegung und die Bürgerbewegung der DDR das Ende dieses Konstruktes sowjetischer Deutschlandpolitik nach 1945 herbei führten“, schloss Prof. Wilke seinen kompakten Vortrag.

Auswanderer und Emigranten, Patrioten und Verräter. Migration von Polen nach Deutschland nach 1945

Andrzej Stach, Publizist, Berlin

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts gehört Polen zu den Ländern mit den größten Exilbewegungen in Europa. Infolge dieser Entwicklung leben gegenwärtig in der ganzen Welt verstreut zwischen 15 und 17 Millionen polnischer Emigranten oder deren Nachkommen, bei etwa 38 Millionen Einwohnern des heutigen Polen. Der große Aderlass und seine Auswir-

kung auf das Heimatland beschäftigt seit fast zweihundert Jahren zahlreiche polnische Politiker und Publizisten, Forscher und Literaten. Ausschlaggebend bei der Beurteilung der Emigranten war meist der wahre oder vermutete Grund ihrer Ausreise, auch wenn er sich nicht immer zumal in der Zeit der polnischen Teilungen bzw. der kommunistischen Diktatur in Polen ganz eindeutig ausmachen ließ. Den meisten von ihnen begegnete man relativ neutral und verständnisvoll als „Arbeitsemigranten“ (emigracja zarobkowa) oder eben „Auswanderern“ (wychodźcy), die größtenteils notgedrungen das Land verlassen haben. Und nicht nur in der Umgangssprache, sondern auch in der Publizistik der letzten Jahrzehnte trifft man häufig auf Prädikate wie „reiste ins Ausland“ (wyjechał/a za granicę) oder „emigrierte“, die man oftmals ohne eine besondere Wertungsabsicht mit „ins Ausland geflohen“ (uciekł/a za granicę) abwechselnd einsetzte. Im emotional gefärbten Kontext sah man in den „Emigranten“ und „Geflohenen“ dagegen nur auf das eigene Wohl und nicht das des Landes denkende „Egoisten“, die das schwierige Los der Mehrheit nicht mehr teilen wollten und es verlassen haben. Ein wichtiges Bewertungskriterium auf der Sympathieskala bildeten die politischen Umstände der Ausreise sowie die politische Betätigung der Betroffenen, und zwar sowohl in der Heimat als auch im Exil. Je nach Auslegung bzw. Absicht und der zu erzielenden Wirkung wurden die Betroffenen demnach als „politische Emigranten“ bezeichnet, denen man trotz der Ausreise eine patriotische Gesinnung nicht ganz absprach, oder aber man verunglimpfte sie als „Flüchtlinge“ (im Sinne „Deserteure“) und manchmal gar „Vaterlandsverräter“. Als „zionistische Elemente“ bezeichnete die kommunistische Propaganda wiederum die zur Emigration gezwungenen etwa 15 Tausend noch in Polen verbliebenen Juden oder Bürger jüdischer Abstammung, die man nach den sog. „Märzereignissen“ des Landes verwies.

Eine eigene große Gruppe stellten die sog. „Aussiedler“ oder „Spätaussiedler“, die nach 1945 unter Berufung auf ihre tatsächliche wenn auch manchmal nur schwer nachweisbare bzw. ganz vorgetäuschte deutsche Abstammung hunderttausendfach das Land verließen. Jahre lang wurden sie nicht nur von den kommunistischen Machthabern, sondern auch von einem Teil der Bevölkerung als kleine Karrieristen angesehen und mitunter als „Volkswagendeutsche“ (eine spöttische Anspielung auf Volksdeutsche) verhöhnt, die Polen nur wegen des höheren Lebensstandards in der Bundesrepublik verlassen.

Bei der Bewertung der Auswanderer spielten auch deren Zielländer eine nicht unwesentliche Rolle. Schon traditionell erfreute sich beispielsweise Frankreich als ein in der polnisch-französischen Geschichte bewährter Zufluchtsort einer großen Beliebtheit und Sympathie. Auf Verständnis

und Anerkennung trafen meistens die polnischen Emigranten in Großbritannien, Australien oder Neuseeland. Mit Bewunderung oftmals gepaart mit Neid schaute man vor jedoch vor allem auf die mehreren Millionen Polinnen und Polen, die es ins Traumland USA geschafft haben. Das wohl komplizierteste und kontroverseste Kapitel in der Geschichte des polnischen Exils stellt die polnische Emigration nach Deutschland dar. Trotz der großen Zahl von Menschen aus Polen, die sich in den letzten zwei Jahrhunderten in dem Land niedergelassen haben, betrachtete man sie und betrachtet teilweise bis heute ziemlich reserviert und mit kritischer Distanz, aber auch nicht selten mit schlecht zu verdeckendem Unverständnis oder gar Ablehnung. Dies hat einige geschichtliche Gründe.

Nach den Ende des 18. Jahrhunderts vorgenommenen Teilungen und Annexionen des polnischen Territoriums kam es in Polen immer wieder zu nationalen Aufständen, die von den Besatzern blutig niedergeschlagen wurden. Wegen der Repressionswellen und Racheakten seitens der Okkupanten und deren antipolnischen Politik verließen Zehntausende polnischer Bürger ihre Heimat Richtung Westen, darunter ein Großteil der geistigen und künstlerischen Elite des geteilten Landes. Die allermeisten Exilanten ließen sich damals in Frankreich nieder. Nach Deutschland gingen aus dem geteilten Polen bis 1918 vor allem einfache Arbeiter und Bauern als Arbeitsemigranten. Die polnische Emigration in Deutschland wurde auch während der kommunistischen Diktatur zwischen 1945 und 1989 verstärkt. Allein nach dem von der kommunistischen Regierung blutig niedergeschlagenen Posener Aufstand von 1956 verließen Tausende polnische Bürger das Land und nach den sog. Märzereignissen von 1968 weitere mehrere Tausend. Einige große Ausreisewellen wurden durch die politischen Unruhen der Jahre 1970, 1976 und 1980 ausgelöst. Begünstigt wurde die Auswanderung durch die immer stärkere Liberalisierung der Passvorschriften. Kurz vor der Verhängung des Kriegsrechts Ende 1981 verließen etwa 170.000 Polinnen und Polen ihre Heimat und blieben im Ausland, davon viele in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt emigrierten in den Jahren 1981 - 1988 etwa 830.000 Personen aus Polen - die über eine Million deutscher Spätaussiedler nicht gerechnet.

In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts nach der Liberalisierung der Passvorschriften in Polen wurde die Bundesrepublik Deutschland inklusive West-Berlins ein beliebtes Reiseziel für Millionen polnischer Bürger. Der Hauptgrund waren vor allem die kleine Entfernung sowie die relativ guten Chancen, eine Arbeit zu finden. Nicht mal die über Jahrzehnte lang andauernde antideutsche Propaganda der polnischen Kommunisten und die schlimmen Erfahrungen des älteren Teils

der Bevölkerung unter der Nazibesatzung konnten der großen Anziehungskraft der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft standhalten. Im Gegenteil: Bei ihren Aufenthalten in der Bundesrepublik konnten die polnischen Bürger viele antideutsche Vorurteile revidieren und sich selbst ein Bild der Deutschen „von heute“ machen. Andererseits trafen sie anfangs auf Offenheit, Neugier und Sympathie seitens der deutschen Politik und Bevölkerung. Auch dies trug dazu bei, dass polnische Bürger am liebsten nach Deutschland reisten, wo sich immer mehr von ihnen mit verschiedenem Aufenthaltsstatus kurz- oder längerfristig blieben.

Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen beschlossen Tausende von ihnen, in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft zu bleiben. Die außergewöhnliche Situation in Polen rief eine große Welle der Solidarität seitens der deutschen Politik und der Bevölkerung mit den zum größten Teil nolens volens gewordenen Emigranten hervor. Positive Schlagzeilen in den Zeitungen sowie verständnisvolle Berichte und Kommentare im Fernsehen begleiteten dabei praktische Hilfsmaßnahmen der Behörden. Wegen der in West-Deutschland und West-Berlin weiterhin rasant steigenden Zahl der Zuwanderer - darunter aus Polen - und der damit verbundenen Probleme auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt wurde die den polnischen Zwangsemigranten vom West-Berliner Senat gewährte aufenthaltsrechtliche und soziale Unterstützung entzogen und an ihre Stelle traten z.T. drastische Einschränkungen in allen für den weiteren Verbleib relevanten Bereichen ein. Mit einem verschlechterten Aufenthaltsstatus konnten sie keine Arbeitserlaubnis und dadurch auch keine angemessene Wohnung mehr bekommen. Um nicht nach Polen zurückkehren zu müssen und einen geregelten Aufenthaltstitel zu erlangen, stellten immer mehr polnische Bürger Antrag auf politisches Asyl.

Wie in einigen anderen westeuropäischen Ländern verhielten sich die allermeisten in Westdeutschland und West-Berlin nach 13. Dezember 1981 befindlichen polnischen Bürger politisch ziemlich passiv. Dies galt nicht für alle und Anfang 1982 Jahre gründeten die Aktivsten unter ihnen diverse Organisationen, führten kleinere Protestaktionen durch und gaben die ersten polnischsprachigen Blätter heraus, wie es z.B. in West-Berlin der Fall war, wo mehrere Tausend polnische Bürger sich aufhielten. Die Vielzahl der polnischen Vereine zeugte jedoch keinesfalls von der personellen Stärke der organisierten polnischen Emigration, denn die meisten von ihnen bestanden nur aus einigen wenigen oder bestenfalls mehreren aktiven Mitgliedern. Es gab auch einige von den Vertretern der sog. „Solidarność-Emigration“ in West-Berlin gegründete Verlage bzw. Zeitschriften politisch-kulturellen Charakters und im Berliner Kabelnetz das im Rahmen des „Offenen Kanals“ geschaffene polnischsprachige Fernsehprogramm „Unabhängiges Polnisches Fernsehen“. Mit der stu-

fenweise erfolgten Liberalisierung und Demokratisierung in Polen wurden die meisten Anfang der 80er Jahre gegründeten Organisationen und Verlage politischen Charakters überflüssig und aufgelöst.

Durch die Mitte der 80er Jahre weiterhin steigenden Zahlen der Asylanten in der Bundesrepublik Deutschland gerieten auch die polnischen Immigranten ins Zentrum der Kritik. Sie wurden nicht mehr als „Helden“ angesehen, die der Obrigkeit trotzen und um eine bessere Zukunft kämpfen, sondern als „Asylanten“, „Schwarzhändler“, „Schmuggler“ und „Schwarzarbeiter“. Allein 1986 wiesen die Statistiken 100.000 Zuwanderer aus Polen auf, die trotz rechtmäßig abgelehnter Asylanträge als „De-facto-Flüchtlinge“ in der Bundesrepublik Deutschland bleiben durften. Trotz der schwierigen aufenthaltsrechtlichen Umstände haben es die meisten Zuwanderer aus Polen fertig gebracht, sich in der deutschen Mehrheit sowohl ökonomisch als auch sozial relativ schnell zu integrieren. Wenngleich die polnischen Emigranten in West-Berlin und West-Deutschland Jahre keine besondere politische Bedeutung besaßen, hat sich ihre Anwesenheit in diversen Kulturbereichen stark manifestiert. Allen voran waren es die vielen Künstler, die sich binnen weniger Jahre in einem bis dahin noch nie gewesenen Ausmaße in der deutschen Kulturlandschaft bemerkbar gemacht und diese mitgeprägt haben.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem NATO-Beitritt Polens hat sich die Lage der polnischen Emigranten in Deutschland weiter verbessert. Ende der 90er Jahre und Anfang 2000 besaßen die allermeisten polnischen Emigranten, die in den 70er und 80er Jahren nach Deutschland kamen, einen geregelten aufenthaltsrechtlichen Status und wurden im Allgemeinen zum anerkannten Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Als EU-Bürger erhielten sie mit dem EU-Beitritt Polens 2004 einige weitere Rechte. Das hat ihre Position sowohl gegenüber dem deutschen aber auch gegenüber dem polnischen Staat gestärkt. Andererseits fungierten sie bereits seit Jahren in beide Richtungen als nützliche Vermittler und Botschafter der jeweiligen Gesellschaft sowohl bei den Kontakten im Alltagsleben als auch in den Bereichen Wirtschaft und Kultur.

Obwohl das geschichtlich schwer belastete deutsch-polnische Verhältnis auch nach 2000, d.h. über sechzig Jahre nach dem Ende des II. Weltkriegs von diversen Politikern in beiden Ländern manchmal noch instrumentalisiert wird, spielt die Frage der nationalen Identitätsfindung bei vielen polnischen Emigranten in Deutschland nach dem polnischen EU-Beitritt eine geringere Rolle als davor. Viele polnische Geschäftsleute in Deutschland haben einen Teil ihrer Aktivitäten nach Polen verlegt und agieren in beiden Ländern. Zahlreiche polnische Emigranten ohne deut-

sche Abstammung aber auch Spätaussiedler mit beiden Pässen haben inzwischen eine Wohnung oder ein Haus in ihrer alten Heimat. Tausende polnische Familien aus der Wojewodschaft Westpommern, die 2004 und später u.a. in Mecklenburg-Vorpommern Wohnungen oder Häuser gemietet bzw. gekauft haben, dorthin umgezogen sind und jetzt unter Deutschen wohnen, beweisen, dass die neue politische Wirklichkeit in Europa den Begriff „Emigration“ teilweise neu definieren lässt. Immer mehr Deutsche lassen sich andererseits in Polen nieder.

Die über zwei Millionen Menschen, die in den letzten Jahrzehnten von Polen aus nach Deutschland eingewandert sind, stellen ein unschätzbares Potential an positiven Möglichkeiten in den deutsch-polnischen Beziehungen dar. Allerdings versuchen manche national-konservativen Politiker in Warschau mitunter, die polnischen Immigranten in Deutschland zu instrumentalisieren, und zwar unter dem Vorwand deren angeblich schlechteren Stellung als die der deutschen Minderheit in Polen. Dabei übersehen sie gerne, dass die Millionen von Polen in Amerika oder Großbritannien und Frankreich keine besonderen Minderheitenrechte besitzen und wie die dort lebenden Chinesen, Inder oder Pakistani ein Teil der amerikanischen bzw. der britischen oder französischen Gesellschaft sind, in der sie ihre alten Traditionen und Sitten, ihre Sprache und Bräuche pflegen können. Dass dies auch auf die polnischen Immigranten in Deutschland zutrifft, die in das Land eingewandert sind und nicht - etwa wie die deutsche Minderheit in Polen - in dem Land seit Generationen leben, scheint für sie keine Rolle zu spielen. Dabei haben sich die polnischen Immigranten in Deutschland in ihrer neuen Heimat ausreichend etabliert, um sowohl gegenüber der deutschen als auch der polnischen Regierung und Gesellschaft souverän auftreten und sich um ihre Belange selbst kümmern zu können.

Herzlich willkommen? Deutsche in Polen und das polnische Deutschlandbild von Polen

Prof. Marek Zybura, WBZ, Breslau

Herrschte noch Mitte der 90er Jahre unter den Enthusiasten der deutsch-polnischen Versöhnung die Hoffnung, dass sich Deutsche und Polen immer mehr von ihren nationalen Stereotypen befreien und sich die kollektiven Gedächtnisse, vor allem in der Frage der Bewertung des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen, annähern würden, so müssen wir heute diese Hoffnung als verfrüht ansehen. Das polnisch-deutsche Verhältnis hatte 1945, geschichtlich gesehen, seinen absoluten Tiefstand erreicht. Symptomatisch dafür ist, dass das erste in Polen nach dem Krieg herausgegebene Buch die „Kreuzritter“ von Henryk Sienkiewicz

war, ein Buch, dessen Dämonisierung der Deutschen in etwa der Verteufelung alles Slavischen vs. Polnischen in Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“ gleichkommen dürfte. Und es war in der Tat die Literatur, die fortan in hohem Grade die deutschen Feindbilder in die Gesellschaft transportierte.

Die durch sie betriebene Dämonisierung der Deutschen und ihrer Geschichte, sofern sie retrospektiv verfuhr, diente selbstverständlich politischen Zwecken. Zum einen sollte die Räumung Schlesiens und der übrigen westlichen und nördlichen Gebiete von den Deutschen sinnfällig als später Akt der geschichtlichen Gerechtigkeit (sprich: verdienter Rache) dargestellt werden. Umso eifriger griff man daher auf die geschichtlichen Konfliktphasen in den gemeinsamen Beziehungen zurück, deren propagandistisch-literarische Ausbeutung das Stereotyp von der angeblich ewigen, angeborenen deutsch-polnischen Feindschaft maßgeblich nährte. Repräsentativ für diesen Trend waren die unter der Jugend bis heute weit verbreiteten Bücher aus dem Zyklus der so genannten "Piastenromane" von K. Bunsch, welche die Entstehung des polnischen Staates unter Mieszko I., Boleslaus dem Kühnen und Boleslaus Schiefmund zum geschichtlichen Hintergrund haben. In diesen abenteuerlich zugeschnittenen Büchern malt der Autor die damaligen kriegerischen deutsch-polnischen Auseinandersetzungen, die aus dem Zusammenspiel verschiedener innen- und außenpolitischer, ja weltanschaulicher Faktoren resultierten, zu einem nationalen, fast zu einem rassistischen germanisch-slawischen Gegensatz ganz ‚moderner‘ Prägung aus, wobei die Deutschen stets als meineidige Aggressoren fungieren. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Bunschs Bücher, außer dass sie die Ansprüche Polens auf Schlesien historisch reklamierten, für den Autor und die kriegsbetroffene Generation seiner Leser auch Kompensationsfunktionen erfüllten. Zum anderen war es die politische Konjunktur gewesen, der die Schriftsteller opportunistisch verfielen. Um das Unmaß der russischen Verbrechen an der polnischen Nation in der jüngsten Vergangenheit aus dem öffentlichen Bewusstsein zu verdrängen, wurden die Polen durch das Medium der Literatur verstärkt und einseitig mit der deutschen Grausamkeit konfrontiert. Die meisten polnischen Autoren (unter ihnen in erster Linie die Produzenten der ideologisierten Konfektionsliteratur), die sich dieser Thematik zuwandten, folgten den traditionellen opportunen Klischees und Feindbildern.

Die Verteufelung alles Deutschen nach dem Krieg, die sich grundlegend von der öffentlichen Stimmungslage nach dem Ersten Weltkrieg unterschied, erhielt bald einen zusätzlichen Antrieb und Hintergrund. Ähnlich wie zu Beginn des Jahrhunderts erstand Polen nach seiner Auslöschung durch das »Dritte Reich« aus dem diplomatischen Interessenspiel der

Großmächte heraus, die seine Grenzen neu festlegten. Auch diesmal erfolgte die Wiedererrichtung des polnischen Staates zum Teil auf Kosten Deutschlands. Der deutsche Revisionsdruck - so die damals weit verbreitete Meinung in Polen, insbesondere bei der aus dem nunmehr sowjetisch gewordenen Osten vertriebenen und im neuen polnischen Westen angesiedelten Bevölkerung - sei nur eine Frage der Zeit. Das alte Syndrom lebte wieder auf, die »deutsche Gefahr« schien, kaum dass der Krieg vorüber war, erneute Aktualität zu gewinnen.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die Polen im Volksreferendum vom 30. Juni 1946 die Oder-Neiße-Grenze mit 73,1 Prozent der Stimmen ablehnten, was heute nur noch wenigen Deutschen bekannt sein dürfte. So tief war in der Bevölkerung die Ansicht verbreitet, dass die Landnahme im Westen nur vorübergehenden Charakter habe und dass die Deutschen wiederkommen und sich ihr Land holen würden. Diese Angst potenzierte zusätzlich das schon ohnehin negative Deutschenbild in der Gesellschaft.

Der Umstand, dass die nach der Teilung Deutschlands entstandene DDR ihrer sowjetischen Hegemonialmacht folgte und 1950 einen Vertrag mit Polen unterschrieb, in dem sie die Oder-Neiße-Grenze als »Friedensgrenze« anerkannte, verdrängte das Syndrom der revisionistischen »deutschen Gefahr« nicht aus dem polnischen Kollektivbewußtsein. In dem zweiten deutschen Staat entstand nämlich ein politisches Klima, das dem Rückgriff auf traditionelle, negative Denk- und Verhaltensmuster gegenüber Polen durchaus günstig war und in dem der Gedanke an eine Revision der deutschen Ost-Grenze lebendig blieb. Diese Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kam der offiziellen polnischen Propaganda sehr gelegen: Sie ließ die in ihrem Getriebe vorgenommene Instrumentalisierung der »deutschen Gefahr« in einem glaubwürdigen Licht erscheinen. Indem diese Propaganda den angeblich überzeitlichen Charakter deutscher Bedrohung hervorzukehren bemüht war, verwies sie zugleich auf die Notwendigkeit der sie abwendenden Allianz mit der Sowjetunion. Mit anderen Worten: Aus der Aufrechterhaltung des deutschen Feindbildes schöpfte die kommunistische Partei ihre politische Machtlegitimation im Lande.

Dem geteilten Deutschland stand Polen zwiespältig gegenüber. Da die DDR als der ideologisch-militärische Bündnispartner zum offiziellen »Freund« avancierte, wurden die antideutschen Ressentiments *in toto* auf die Bundesrepublik übertragen. Die antideutschen Ressentiments gipfelten jetzt in dem Nachweis der in wenig abgewandelter Form fortbestehenden Kontinuität oder Ähnlichkeit von Institutionen, Ideen undhaltungen aus der nationalsozialistischen Vergangenheit im westdeutschen Staat, den man auch eine Zeitlang das »Vierte Reich« nannte.

Ein ausgesprochen faschistoides Bild der Bundesrepublik zeichnete 1967 Andrzej Brycht in seinem „Raport z Monachium“ (Bericht aus München). Das westliche Deutschland geriet in seiner Perspektive so extrem paranazistisch, dass das Buch interessanterweise eine lebhaft öffentliche Kontroverse auslöste. In deren Verlauf erschien 1970 ein Gegenstück: Wiesław Górnickis „Raport z Hamburga“ (Bericht aus Hamburg), worin der Verfasser bemüht war aufzuzeigen, wie sich vor allem die deutsche Jugend von der Nazi-Verstrickung ihrer Eltern- und Großelterngeneration distanzierte. Górnickis Buch erschien allerdings zu einem Zeitpunkt, als sich einerseits die neue westdeutsche Regierung unter Führung des SPD-Politikers Willy Brandt um eine neue Polenpolitik bemühte und andererseits die polnische politische Führung gezwungen war, sich um westdeutsche Kredite zu bemühen, um die desolante Wirtschaftslage des Landes zu verbessern. Im Kontext dieser politischen Entwicklung, in dem auch der Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stand, wurde in Polen die aggressive antideutsche Propaganda mehr und mehr gedämpft.

Insbesondere die Intensivierung der persönlichen Kontakte zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung infolge der Grenzöffnung - sowohl zur DDR als auch nach dem Westen hin - höhlte die offiziell oktroyierte negative Stereotypisierung des polnischen Deutschenbildes nach und nach aus. Wesentliche Beschleunigung erfuhr dieser Prozess in den achtziger Jahren, als die durch den Kriegszustand erbarmungslos entblößte Erosion des kommunistischen Systems, das, wie gesagt, in den vergangenen Jahren die Legitimierung seiner innenpolitischen Macht in hohem Maße aus der Instrumentalisierung der »deutschen Gefahr« schöpfte, durch die spontane Hilfsaktion der westdeutschen Bevölkerung für die Polen sowie durch die in den Reihen der Opposition geführte programmatische Debatte über die Beschaffenheit der künftigen polnisch-deutschen Beziehungen in einem um dieselben Werte sich vereinigenden Europa konterkariert wurde.

Diese Debatte, die den intellektuellen, politischen und gesellschaftlichen Boden für den zwischen 1989 und 1991 erfolgten Umbruch in den polnisch-deutschen Beziehungen mit vorbereitete, war 1980 von Stanisław Stomma mit seinem Buch »Czy fatalizm wrogości?« (Gibt es einen Fatalismus der Feindschaft?) eröffnet worden. Jan Józef Lipski setzte sie mit dem heute schon klassischen Essay »Dwie ojczyzny - dwa patriotyzmy« (Zwei Vaterländer - zwei Patriotismen), worin er sich mit dem »nationalen Größenwahn und der Xenophobie der Polen« beschäftigte, im Untergrund fort.

Von nicht zu überschätzender Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die im Zuge der Perestroika-Politik Gorbatschows in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erfolgende öffentliche Enttabuisierung der polnischen Geschichte im Osten und des dortigen polnischen Kulturerbes die polnische Sensibilität für das deutsche Programm der Pflege der ehemaligen ostdeutschen Kulturtraditionen positiv schärfte und das Feindbild vom revanchistischen Deutschland wesentlich abbauete. Zum literarischen Ereignis wurde in jener Zeit in Polen die sog. "autochthone" Perspektive und deren Ausbeute in den autobiographisch ausgerichteten Romanen der Schriftsteller, die in den ehemaligen deutschen Provinzen wohn(t)en und die jetzt in ihrem Schaffen die Erinnerungen der eigenen Familien mit den – ebenfalls zu entdeckenden – Erinnerungen an die Deutschen miteinander verbanden und damit die offizielle staatliche Version der Geschichtsdarstellung zu den Umsiedlungen insgesamt in Frage stellten.

Ein Vergleich der Erfahrungen von Deutschen und Polen hatte punktuell bereits in dieser Zeit begonnen. Die Neuankömmlinge aus dem Osten mussten in vielen Fällen noch eine Zeit lang zusammen mit diesen deutschen Familien unter einem Dach wohnen. Das lief nicht immer problemlos ab, führte jedoch auch zu einem Verständnis für die Situation der jeweils anderen Gruppe. Bereits 1965 konzentrierte sich der Breslauer Autor Henryk Worcell in seinem Buch „Najtrudniejszy język świata“ (Die schwierigste Sprache der Welt) auf das Problem des Verhältnisses der Ansiedler zur verbliebenen deutschen Bevölkerung, dessen Kompliziertheit für beide Seiten v.a. aus den frischen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges resultierte. „In der damaligen Zeit hielten wir alle Deutschen für verschworene Feinde“. Mit dieser Einstellung lassen sich die Ansiedler unter den Deutschen nieder.

Das durch den geschichtlichen Kataklysmus erzwungene Zusammenleben und die gegenseitige Beobachtung verhelfen zum Nachdenken, dem zuerst die bisher gehegten und gehüteten Vorurteile zum Opfer fallen: „Früher dachte ich, die Deutschen würden mit Vorliebe ein Herdendasein führen, gemeinschaftlich in geschlossenen Makroorganismen handeln. Jetzt sehe ich, dass das nicht der Fall ist: sie arbeiten einzeln, leben verstreut, als ob sie keine Idee, kein gemeinsames Ziel vereinte“. Diese Reflexionen münden in die ‚Entdeckung‘ ein, dass die Deutschen auch Menschen sind: gut und redlich wie die alte Hattwig, niederträchtig und untertänig wie der Kapellmeister Enders, hasserfüllt wie Erna oder ständig zwischen Gut und Böse hingerissen wie Paul – wie es eben Menschen auf der ganzen Welt sind.

Über die "autochthone Perspektive" gelangen wir zu einem Faktor, der jahrzehntelang tabuisiert, jetzt die Polen umso dringlicher zwingt, sich mit ihrem Bild der Deutschen neu auseinanderzusetzen. Es ist dies die Existenz einer bis hin zur parlamentarischen Repräsentation organisierten deutschen Minderheit in Polen, mit der sich die Polen über Nacht konfrontiert sahen. Nicht zu übersehen ist, dass diese Situation (hauptsächlich ein auf Oberschlesien begrenztes Phänomen) in weiten Kreisen der polnischen Bevölkerung, die sich nach dem Krieg im offiziell geförderten Glauben wähnte, zum ersten Mal in der polnischen Geschichte in einem monoethnischen Staat zu leben, für Frustration gesorgt hat.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem vereinten Deutschland im Jahre 1991 ist der Umbruch in der polnisch-deutschen Wahrnehmung Wirklichkeit geworden. Deutschland, das natürliche geographische Tor auf Polens Weg nach dem westlichen Europa, hat die Zugpferdfunktion im Prozess der Eingliederung Polens in die westeuropäischen Strukturen übernommen und ist strategisch sein wichtigster politischer Partner auf dem Kontinent geworden - eine Tatsache, die den positiven Wandel des polnischen Bildes von Deutschland und den Deutschen Anfang der 90er Jahre entschieden zu beeinflussen und festigen begann.

Die Euphorie in der deutsch-polnischen Annäherung Anfang der 90er Jahre lässt fast zwei Jahrzehnte später die Beschaffenheit des gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhältnisses in einer schiefen Perspektive erscheinen. Schief ist diese Perspektive nicht deswegen, weil die beiderseitigen Beziehungen sehr gut wären. Nein, sie sind es nicht und stellen insofern eine Herausforderung an beide Seiten dar, soll die damals viel beschworene deutsch-polnische Freundschaft nicht nur deklariert, sondern auch praktiziert werden. Aber abwegig ist es, den Zustand der jetzigen deutsch-polnischen Beziehungen an deren Inhalt und Form vom Anfang der 90er Jahre zu messen, um nun entweder höhnisch vom »Kitsch der Versöhnung« zu reden oder aber ein Lamento über die Krise dieser Beziehungen anzustimmen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben einen umfassenden Wandel erlebt, der alte, fest gefügte Feindschaftsmuster durchbrach und in seiner gesellschaftlichen Tragweite in der neueren Geschichte beider Länder nicht gleich seinesgleichen finden dürfte. Allerdings sind gute deutsch-polnische Beziehungen nicht quasi selbstverständlich einfach nur naturhaft ‚da‘ und ein für alle Mal gegeben, sondern sie stellen eine verantwortungsvolle Aufgabe dar, an der ständig weitergearbeitet werden muss. dass sie mitunter eine schwere Aufgabe sind, zeigt allein die

Tatsache, wie schnell zu beiden Seiten der Oder im Zuge der Debatte über das sog. Zentrum gegen Vertreibungen und vor allem im Vordergrund der Haltung zum amerikanischen Waffengang im Irak (von der geplanten russisch-deutschen Pipeline quer durch die Ostsee ganz zu schweigen) die alten nationalen Vorurteile und politischen Ressentiments reaktiviert werden konnten. Sie unterscheiden sich – so Hans-Adolf Jacobsen in der FAZ vom 10.07.2006 (!) – „nur recht marginal von denjenigen früherer Jahrzehnte. Immer noch werden Feind- und Fremdbilder verarbeitet, vor allem in Medien, die mehr in die Epoche des Kalten Krieges gehören denn der gegenwärtigen Qualität der bilateralen Beziehungen angemessen sind“.

Ein Blick in die deutsche und polnische Presse der letzten Jahre gibt hierüber einen erstaunlichen Aufschluss. Einmal mehr wurde klar, wie sehr Emotionen in den deutsch-polnischen Beziehungen eine Rolle spielen, mehr als im Verhältnis Deutschlands wie Polens zu den meisten anderen Ländern Europas. So viel bereits geleistet worden ist an Annäherungsarbeit, so prekär bleibt dies offensichtlich, solange sich aus Ressentiments, Stereotypen und Unkenntnis politisches Kapital bei statistisch relevanten Wähler- und Interessengruppen schlagen lässt.

Flucht und Vertreibung online: Lernen und Verstehen.

Das Lernportal www.the-unwanted.com“ mit Dr. Andrea Schmelz, Netzwerk Migration in Europa e. V., Berlin

Das Lernportal "The Unwanted" – Zwangsmigrationen in der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert online lernen und verstehen, für das www erarbeitet von:

Dr. Anne von Oswald und Dr. Andrea Schmelz

<http://lernportal.the-unwanted.com>

Einführung:

Lernen über Zwangsmigrationen auf dem Weg der Europäisierung

- Flucht, Vertreibung und Völkermord sind ein **prägendes Merkmal der europäischen Geschichte im 20. Jahrhundert**, die mit Krieg, Gewalt und der Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates einhergehen (Naimark, 2004).

- In der **Forschung wie in der politischen Bildung wird ein europäisch vergleichender Ansatz der Zwangsmigrationen vielfach gefordert, aber noch selten umgesetzt.** Das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg hat bislang im deutschsprachigen Raum den einzigen Versuch einer didaktischen Lehrerhandreichung zum Thema Zwangsmigration in vergleichender europäischer Perspektive unternommen (Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, 2002).
- **ZWEI ENTGEGENGESETZTE POSITIONEN:** Es besteht weithin Konsens darin, dass ein Ansatz der **Erinnerung in gesamteuropäischer Perspektive wünschenswert** ist (Kruke, 2006; Bingen u.a., 2003). Zugleich wird angesichts der Komplexität der Phänomene der Zwangsmigration und ihrer jeweiligen Kontexte eine didaktische Aufbereitung der **Thematik mit europäischen Lernperspektiven** als verfrüht angesehen, stattdessen wird die intensive Erforschung der Einzelphänomene auf nationaler und lokaler Ebene gefordert (Haslinger, 2006, S. 77ff). Auch die Stiftung Zentrum gegen Vertreibung strebt eine vergleichende Perspektive an.
- **Das Lernportal „The Unwanted“ versteht sich als Angebot** einer europäischen Bürgerschaftsbildung, das Fragen zum Thema (Zwangs-)Umsiedlung, Flucht und Vertreibung anhand von ausgewählten Beispielen sowohl aus nationaler als auch aus **transnationaler vergleichender Perspektive behandelt**, um zu einer europäischen Erweiterung über den nationalen Kontext hinaus beizutragen.

Im Zentrum des Lernportals stehen hörbare Geschichten von Zwangsmigrationen aus fünf europäischen Ländern bzw. Regionen:

- Der griechisch-türkische *Bevölkerungsaustausch* in den 1920er Jahren
- Vertreibungen und Umsiedlungen der polnischen und deutschen Bevölkerungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg
- Die „[ethnische\[n\] Säuberungen](#)“ in Bosnien der 1990er Jahre

I. Die Fallbeispiele

Griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch

Die Geschichte der Zwangsmigrationen beginnt in Europa mit den [Balkankriegen \(1912/13\)](#), als erstmals im 20. Jahrhundert massenhaft Menschen vertrieben wurden. Dies betraf anfänglich vor allem die Muslime. Der [Erste Weltkrieg](#) (1914–1918) und der griechisch-türkische Krieg 1920–1922 führten zu einer territorialen Neuordnung

der gesamten Region und zu systematisch durchgeführten Bevölkerungsverschiebungen. Grundlage dafür war das [Abkommen von Lausanne](#) zwischen Griechenland und der Türkei aus dem Jahre 1923, in dem die Zwangsumsiedlung von ca. 1,3 Millionen Griechen aus [Kleinasien](#) und dem [Pontos](#) sowie ca. 400 000 Türken bzw. Muslime aus Griechenland beschlossen wurde.

Deutsche und polnische Vertreibung und Umsiedlung

Im und nach dem Zweiten Weltkrieg führten [Flucht](#), [Vertreibung](#) und Zwangsumsiedlung zu einer der größten Völkerwanderungen in der europäischen Geschichte. In Europa waren vor allem Polen und Deutschland davon betroffen. Als die Grenzen Polens im Jahr 1945 nach Westen verschoben wurden, mussten Millionen Polen und Deutsche ihre Heimat verlassen: Aus dem polnischen Osten, der nun zur Sowjetunion gehörte, wurden die Polen nach Westen umgesiedelt, in die ehemals deutschen, nun an Polen abgetretenen Gebiete. Von dort wiederum wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben, sofern sie nicht schon vor der heranrückenden Roten Armee geflohen war, und durch polnische Neusiedler ersetzt, die meisten von ihnen Umsiedler aus ihrer verlorenen Heimat in Ostpolen.

„Ethnische Säuberung“ in Bosnien

Im Frühjahr 1992 begann mit dem Krieg in [Bosnien-Herzegowina](#) ein [Völkermord](#) mitten in Europa: Bis zum Kriegsende im Jahr 1995 wurde knapp die Hälfte der 4,35 Millionen Einwohner Bosnien-Herzegowinas zu Flüchtlingen und Vertriebenen. Von den fast zwei Millionen Betroffenen konnten bis heute mehrere Hunderttausend aus dem Ausland oder aus anderen Landesteilen in ihre Heimat zurückkehren. Die [Rückkehrer](#) stehen vor der schwierigen Herausforderung, die das friedliche Zusammenleben von Muslimen und Serben heute darstellt.

II. Didaktische Konzeption

Das Lernportal „The Unwanted“ ist eine Lern- und Arbeitsumgebung für den handlungs- und projektorientierten Unterricht und die politische Bildung außerhalb der Schule. Eigenständig können Schülerinnen und Schüler sowie sonstige Nutzerinnen und Nutzer in Gruppen oder in Einzelarbeit sich den Themenbereich Zwangsmigration im 20. Jahrhundert aus verschiedenen Perspektiven erschließen.

Wie ist das Lernportal zu benutzen?

Das Lernportal „The Unwanted“ ist für offene Unterrichtssituationen und zum Selbstlernen konzipiert und bietet sich als ergänzendes mediales Lernangebot im regulären Unterricht an. Auch ganze Unterrichtsprojekte können im Lernportal durchgeführt werden. Nutzerinnen und Nutzer in der außerschulischen politischen Bildung finden hier Anregungen zum Selbstlernen und für weiterführende Projektaktivitäten.

Gliederung des Lernportals

Die einzelnen Themenbereiche sind *in vier Lernstationen* gegliedert, die wiederum mindestens drei Arbeitsaufträge anbieten. Jeder einzelne Arbeitsauftrag ist eine in sich abgeschlossene Unterrichts- bzw. Lerneinheit von in der Regel 90 Minuten. Aufgabenstellung, Materialangebot und Vorschläge zur Präsentation der Ergebnisse gliedern den Arbeitsauftrag.

Das Material besteht je Arbeitsauftrag aus Interviewauszügen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Form von Audiofiles, Fotos, Texten oder Arbeitsmaterialien, die als Download bereit liegen und offline verwendbar sind. Zudem stehen themenspezifische Literatur- und Linktipps und online-Notizblätter zur Verfügung, auf denen Überlegungen bzw. Ergebnisse gespeichert werden können.

Mediennutzung und eigenständiges Lernen

Die interaktive Mediennutzung schafft attraktive Lernanreize für Schülerinnen und Schüler im historisch-politischen Unterricht. Schülerinnen und Schüler können ihre Medienkompetenzen erweitern und vertiefen, indem sie die Aufgabenstellungen des Lernportals bearbeiten. Dabei recherchieren sie durch vorgebene Web – Adressen angeleitet, fachliche Informationen, die sie sich inhaltlich selbstständig erschließen. Speziell in den Arbeitsphasen, in denen Gruppenarbeit vorgesehen ist, wird partnerschaftliches Arbeiten im Team gefördert.

Erzählte Erinnerung

Die Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus den unterschiedlichen Ländern stehen als Audiodateien zur Verfügung. Die besonderen Lernchancen der „hörbaren“ Migrationsgeschichten bestehen darin, dass das Unterrichtsthema individualisiert und durch die persönliche Erzählung für Schülerinnen und Schüler ein emotionaler Zugang zum Thema ermöglicht wird.

Es handelt sich um Erinnerungsinterviews, die die subjektiven Erfahrungen einzelner Menschen wiedergeben. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich damit auseinander, wie das Erlebte zustande kommt und welche Faktoren die Erzählung beeinflusst. Sie lernen unterschiedliche individuelle Verarbeitung von Geschichte und verschiedene gesellschaftliche Deutungen von Ereignissen kennen.

Europäische Lernperspektiven

In vielen Schulklassen finden sich Schülerinnen und Schüler, deren Familiengeschichten selbst mit den Fallregionen verknüpft sind oder deren Familien andere Erfahrungen von Zwangsmigration gemacht haben. Es kann daher eine Verbindung von Geschichte und eigener Lebenswelt hergestellt und in ihren europäischen Zusammenhängen verdeutlicht werden.

Über die Zeitzeugenberichte aus unterschiedlichen Ländern werden historische und gegenwärtige Probleme und Themen nahegebracht und die persönliche Auseinandersetzung mit der Geschichte unterschiedlicher Länder in Europa angeregt. Es wird eine Reflexion über nationale Geschichtsdeutungen ermöglicht, die Schülerinnen und Schüler für gesamteuropäische Lernperspektiven sensibilisiert.

Rolle der Lehrerinnen und Lehrer

Es ist vorgesehen, dass *Lehrerinnen und Lehrer* den Lernprozess *als Moderatorinnen und Moderatoren* begleiten. Dabei können die Arbeitsaufträge frei und ohne eine vorgegebene Reihenfolge anhand der *Übersichten zu den Lernstationen* gewählt werden. Es gilt zu beachten, dass einige Arbeitsaufträge für die Einzel- oder Gruppenarbeit im Unterricht, andere hingegen als Referatsthema oder als Hausarbeit vorgesehen sind. Arbeitsaufträge, die in mehrere Aufgabenstellungen unterteilt sind, bauen inhaltlich aufeinander auf und sind daher i.d.R. zusammenhängend zu bearbeiten.

III. Inhalte und Aufbau der Lernstationen

Jede *Lernstation* bietet:

- eine *Einführung* in die Lernstation
- eine *Übersicht* über die einzelnen Arbeitsaufträge der Lernstation
- die *Arbeitsaufträge*
- ausgewählte *Literatur & Quellen* zur jeweiligen Thematik der Lernstation

Die Einführung erschließt die Ziele der Lernstation. Die *Materialien in den Arbeitsaufträgen* liegen zum Download bereit und sind offline verwendbar. Die wichtigen Begriffe in den Lernstationen sind

markiert und mit dem *Lexikon* verlinkt. Zur Vertiefung und Weiterarbeit sind themenspezifische Literatur- und Linktipps verfügbar.

Themen der Lernstationen

Einführung: *Lernstation 1* führt Schülerinnen und Schüler methodisch in das Lernportal ein, um den Umgang mit Zeitzeugenerzählungen und Fotos einzuüben.

Ursachen klären: *Lernstation 2* befasst sich mit den Ursachen von Zwangsmigrationen in den einzelnen Fallregionen, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu verdeutlichen.

Ablauf und Zusammenhänge aufzeigen: *Lernstation 3* behandelt den Verlauf und die Kontexte von Zwangsmigrationen, die den einzelnen Ländern bzw. Fallregionen gemeinsam sind bzw. sich voneinander unterscheiden.

Folgen interpretieren: *Lernstation 4* fragt nach Herausforderungen, die sich für Vertriebene und Flüchtlinge selbst und für die jeweiligen Gesellschaften nach erfahrener Zwangsmigration ergaben.

IV. Welche Erfahrungen wurden bei der pädagogischen Arbeit mit dem Lernportal gemacht?

Die Relevanz des Themas (Zwangs-)Migration und Schüler: Migration kein abstraktes Thema, sondern Bestandteil ihrer alltäglichen Lebenswelt.

- 1) ***Lernportal als ein Best-Practise Ansatz für eine europäisch verstandene Bürgerschaftsbildung an Schulen:*** In einer zunehmend von (Zwangs-)Migrationsprozessen geprägten Welt, die mit vielfältigen Diskriminierungen, historischem Halbwissen und einseitigen Interpretationen einhergehen, sind Lernansätze nicht abstrakt zu vermitteln, sondern als Bestandteil ihrer alltäglichen Lebenswelt und der Medienwelt nahe zu bringen:
 - a. Insbesondere die Unterrichtseinheiten, in denen der aktuelle Bezug bzw. der persönliche, familiäre Bezug besonders nahe liegend ist, rufen das Interesse hervor, historische Erfahrungen mit gegenwärtigen Problemstellungen zu vergleichen (deutliches Interesse an gegenwartsbezogener Reflexion der Thematik).

- b. In vielen Schulklassen finden sich Schülerinnen und Schüler, deren Familiengeschichten selbst mit den Fallregionen verknüpft sind oder deren Familien andere Erfahrungen von Zwangsmigration gemacht haben. Es kann daher eine Verbindung von Geschichte und eigener Lebenswelt hergestellt und in ihren europäischen Zusammenhängen aufgezeigt werden, die auch für Schüler/innen ohne Migrationshintergrund neue und attraktive Bezüge im Geschichtsunterricht schafft.

2) **Neue Lernanreize durch interaktive Mediennutzung und durch attraktive Lernmaterialien:** Das Feedback der Nutzer hat ergeben:

- a. Die Möglichkeit der interaktiven Mediennutzung erhöht eindeutig die Lernmotivation für die Schüler im Bereich der historisch-politischen Bildung. Das Angebot von Fotos, Karten, Audiofiles und insbesondere von vorgegebenen Web – Adressen motivierte die Schüler inhaltlich selbstständig die Arbeitsaufträge zu erschließen.
- b. Das Unterrichtsthema wurde durch die persönlichen Erfahrungen der Zeitzeugenerzählungen zu Flucht-, Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen individualisiert und ein emotionaler Zugang zum Thema geschaffen. Die Schüler lernen unterschiedliche individuelle Verarbeitungen und verschiedene gesellschaftliche Deutungen von Ereignissen kennen.

3) **Multiperspektive und gesamteuropäische Lernansätze:** Die Teilnehmer der Workshops für Multiplikatoren haben unterstrichen, dass das Lernportal über die Darstellung unterschiedlicher Formen von Zwangsmigrationen in der europäischen Geschichte die Chance bietet, historische Phänomene nicht auf eine bestimmte Epoche oder eine bestimmte Region zu reduzieren, sondern in einem europäischen wie auch globalen Rahmen zu erweitern. Über die Zeitzeugenberichte aus unterschiedlichen Ländern wird die persönliche Auseinandersetzung mit der Geschichte unterschiedlicher Länder in Europa angeregt. Es wird eine Reflexion über nationale Geschichtsdeutungen hinaus ermöglicht, die Schülerinnen und Schüler für gesamteuropäische Lernperspektiven sensibilisiert.

**Flucht und Vertreibung als Thema eines deutschen
Regionalmediums am Beispiel der "Braunschweiger Zeitung"**

Paul-Josef Raue, Chefredakteur und David Mache, Assistent der Chefredaktion

--- Siehe Multimediale Präsentation (PPS und PDF) ---

--- ENDE ---